

LEITANTRAG

#csupt24

**SICHERHEIT
STÄRKEN,
FREIHEIT
VERTEIDIGEN**

**PARTEITAG DER
CHRISTLICH-
SOZIALEN
UNION 2024**



Leitantrag: Sicherheit stärken, Freiheit verteidigen

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bedeutet einen Paradigmenwechsel. Obgleich die Bundesregierung eine Zeitenwende proklamiert, ist davon in der tatsächlichen politischen Umsetzung wenig bis gar nichts spürbar. Die Ampel setzt völlig falsche Prioritäten, verschläft drängende Entwicklungen und ist nicht bereit, die entscheidenden Weichen zu stellen. Zeitenwende verkommt zur Worthülse, eine realistische, an der tatsächlichen Bedrohungslage ausgerichtete und damit zukunftsfähige Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist überfällig. Fünf Eckpfeiler sind dabei entscheidend.

1. Bundeswehr vollständig ausstatten und finanzieren.

Klar ist: Mehr Geld für Verteidigung ist für unsere Sicherheit zwingend erforderlich. Ein Verteidigungshaushalt von mindestens ehrlichen zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts stellt dabei die absolute Untergrenze dar. Wir setzen uns für langfristig drei Prozent ein, um eine Vollaussstattung der Bundeswehr zu ermöglichen und darüber hinaus unsere Verteidigung zukunftsfähig und auskömmlich zu gestalten. Entsprechende weitergehende Bedarfe und Erwartungen unserer NATO-Partner an Deutschland und die Bundeswehr sind zu erwarten. Wir wollen damit eine umfassende Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr sicherstellen. Diese ist insbesondere für die Hauptaufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung, die nach dem Angriff Russlands auf die Ukraine absolute Priorität haben muss, erforderlich. Dazu gehören neben der Vollaussstattung aller aktuell bestehenden Verbände und Einheiten sämtlicher Domänen – oder verständlicher der Teilstreitkräfte Heer, Luftwaffe, Marine und Cyber-Informationsraum – sowie zusätzlich aufzustellende Truppenkörper, die auch den zukünftigen NATO-Fähigkeitszielen Rechnung tragen – auch eine schnelle Beschaffung modernster Bewaffnung wie Drohnen, der fortgesetzte Aufbau neuer Fähigkeiten unter Abstützung auf Künstliche Intelligenz, wie zum Beispiel in der Domäne Weltraum, und eine Modernisierung der Bundeswehr-Infrastruktur. Die infrastrukturelle Modernisierung ist eine der notwendigen Grundlagen, um den zwingend erforderlichen personellen Aufwuchs der Bundeswehr zu ermöglichen. Dieser personelle Aufwuchs muss sowohl aktives Personal als auch Reservedienstleistende umfassen und soll

perspektivisch mit einer Wiedereinführung der Wehrpflicht einhergehen. Auch diese Kräfte müssen über modernes Gerät und Vollausrüstung verfügen.

Deutschland mit seiner Größe und Leistungsfähigkeit muss darauf eingestellt sein, dem Bündnis zukünftig deutlich mehr als die bisher geplanten Soldatinnen und Soldaten bereitstellen zu können. Realistisch erscheint hier eine deutliche Erhöhung der voll einsatzbereiten aktiven Truppe.

Zwei-Prozent-Ziel sofort erfüllen, Drei-Prozent-Ziel perspektivisch definieren

Die ausreichende Finanzierung der Bundeswehr muss dabei langfristig und dauerhaft durch entsprechende Prioritätensetzung im Bundeshaushalt gewährleistet werden, nur so entsteht Planungssicherheit für die Bundeswehr und Auftragnehmer wie die Rüstungsindustrie. Die Neuauflage von sogenannten Sondervermögen, wie die Ampel es versucht, lehnen wir ab. Klar ist: Das Zwei-Prozent-Ziel wird von der Ampel gegenwärtig nur unter Hinzuziehen allerlei haushälterischer Tricks erreicht. Verteidigungsbereit wird unsere Bundeswehr dadurch nicht in dem Maße, wie es erforderlich wäre. Das perspektivische Ziel sind drei Prozent des BIP. Zu Zeiten von Franz Josef Strauß als Verteidigungsminister waren es sogar vier Prozent, die aus dem Kernhaushalt bereitgestellt werden konnten. Nur durch das weitere deutliche Aufwachsen seiner Verteidigungsausgaben erfüllt Deutschland seine Bündnisverpflichtungen und kommt seiner angemessenen Rolle als großes Land und Volkswirtschaft verantwortungsvoll nach.

Wiedereinführung der Wehrpflicht vorbereiten

Angesichts der wachsenden Herausforderungen muss unsere Gesellschaft resilienter werden. Deshalb macht die Wiedereinführung der Wehrpflicht Sinn. Perspektivisch kann sie als einer von mehreren Diensten als sogenannte Dienstpflicht stehen, die in einer breiten gesellschaftlichen Debatte zu diskutieren ist. Bei der Bedrohungslage muss die personelle Aufwuchs- und im Zweifelsfall auch Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr gewährleistet sein. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht kann dazu einen ersten wesentlichen Beitrag leisten. Diese kann jedoch nicht über Nacht erfolgen. Vorher sind durch den Verteidigungsminister endlich die notwendigen Strukturen anzupassen, so dass eine Umsetzung darstellbar ist. Dies muss jetzt angegangen werden: mit einem klaren Konzept, das Planungssicherheit für die Bundeswehr schafft,

die betroffenen Jahrgänge vororientiert und in der Bevölkerung Akzeptanz findet – und damit deutlich über die kümmerlichen Vorschläge der Bundesregierung hinausgeht.

Die Angehörigen der Bundeswehr, unserer Parlamentsarmee, sind bereit, für die Werte des Grundgesetzes wie Freiheit, Demokratie und Menschenrechte Leib und Leben einzusetzen. Deshalb ist es wichtig, dass die Bundeswehr in der Öffentlichkeit präsent ist und ihr auch die Gelegenheit gegeben wird, in den Schulen über ihren verantwortungsvollen Dienst aufzuklären. Mit dem bayerischen Bundeswehrgesetz sind wir einen ersten wichtigen Schritt für mehr Kooperation mit der Bundeswehr und mehr Sichtbarkeit der Bundeswehr gegangen. Solch ein Gesetz hat Vorbildcharakter für Deutschland und viele weitere Bundesländer.

Drohnenarmee und Cyberbrigade aufbauen

Der Krieg in der Ukraine verdeutlicht die Bedeutung von Drohnen verschiedener Größen und Formen für die moderne Kriegsführung sowie deren Abwehr. Deshalb brauchen wir eine Drohnenarmee, inklusive der notwendigen Produktionskapazitäten in Deutschland, um im Verteidigungs- und Bündnisfall und in den internationalen Einsätzen der Bundeswehr bestmöglich bestehen zu können. Durch die jahrelange ideologische Blockade von SPD und Grünen hinkt die Bundeswehr in diesem Bereich hinterher, sowohl bei der Anzahl, als auch der Bewaffnung und der Drohnenabwehr. Der Handlungsbedarf ist immens, weshalb zeitnah in die heimische Drohnenforschung und -produktion investiert werden muss. Hierzu bedarf es verbindlicher Zusagen und Verträge mit deutschen Unternehmen, um Abhängigkeiten zu verhindern und zeitnah Fähigkeiten zum Einsatz und Abwehr von Drohnen aufzubauen. Zudem müssen wir das Cyberkrisenmanagement in Deutschland und Europa fortentwickeln und im Kampf gegen hybride Bedrohungen und Desinformation besser werden. Wir müssen bei Technologien zur Cybersicherheit unabhängiger werden. Daher wollen wir eine europäische Cyberbrigade aufbauen.

Beschaffungswesen reformieren

Wir wollen eine Beschaffungsoffensive starten. Die Ausrüstung und Ausstattung der Bundeswehr, ob Gerät oder persönliche Ausrüstung der Soldatinnen und Soldaten, müssen auf Spitzenniveau sein. Um die Beschaffung dieser Ausrüstung zu beschleunigen,

nigen und flexibler zu gestalten, ist eine echte Strukturreform sowie eine konsequente Entbürokratisierung des Planungs- und Beschaffungswesens notwendig. Unnötige Vorgaben, die für militärisches Material und deren Einsatz nicht relevant sind, müssen abgeschafft werden. Die Höhe der flexiblen, mehrjährigen Haushaltsmittel muss spürbar erhöht und die Verwendung dieser Mittel liberalisiert werden. Das Beschaffungsamt der Bundeswehr (BAAINBw) ist heute zu breit aufgestellt. Es beschafft alles vom Fahrrad bis zur Fregatte. Wir wollen aus dem Amt einzelne überjährige Großprojekte herauslösen und in eine neue schlanke, schlagkräftige Agentur überführen.

Moderne Bundeswehr-Infrastruktur schaffen

Die Infrastruktur der Bundeswehr ist teilweise marode und in weiten Teilen nicht mehr zeitgemäß. Das bedeutet nicht nur mangelnde Attraktivität für das Personal, sondern wirkt sich auch unmittelbar auf die Einsatzbereitschaft aus. Deutschland ist zentrales Aufmarschgebiet für die Verteidigung an der NATO-Ostflanke und braucht auch für diese Aufgabe adäquate Infrastruktur: neue Kasernen, moderne Übungsplätze, Depotstrukturen und Verwaltungseinheiten. Zivilrechtliche Vorgaben, die für die Infrastruktur der Bundeswehr irrelevant sind und nicht zur Einsatzbereitschaft beitragen, müssen abgeschafft werden. Krieg in Europa ist als reale Bedrohungslage zurückgekehrt. Deshalb sind die Zeiten einer Reduzierung der militärischen Infrastruktur vorbei. Wir brauchen Aufbau statt Rückbau, auch mit Blick auf eine perspektivische Wiedereinführung der Wehrpflicht.

2. Sicherheits- und Verteidigungsindustrie stärken.

Die bayerische und deutsche Rüstungsindustrie ist essenziell für unsere Verteidigungsfähigkeit. Eine eigene nationale und europäische wehrtechnische Basis ist Voraussetzung für Unabhängigkeit, Resilienz und souveränes außen- und sicherheitspolitisches Handeln. Wir brauchen einen europäischen Binnenmarkt für Rüstungsgüter. Wir wollen militärische Ausrüstung wie Kampfflugzeuge, Kampfpanzer und Drohnen gemeinsam mit europäischen Partnern entwickeln und beschaffen. Wir brauchen eine wehrtechnische Industriestrategie, damit die europäische Verteidigungsindustrie wächst und Schlüsselindustrien für die Sicherheit Europas auch in Europa bleiben. Um wirtschaftlich arbeiten, innovativ entwickeln und leistungsfähig produzieren zu

können, ist sie auf globale Exportmärkte angewiesen, aber auch auf zuverlässige Planbarkeit in der Beschaffung der Bundeswehr. Die Ampel bremst aber regelmäßig europäische Kooperationsprojekte und droht unsere Unternehmen mit einem neuen Rüstungsexportkontrollgesetz weiter zu beschränken. Dies schadet insbesondere dem Wirtschaftsstandort Bayern mit seinen vielen innovativen Rüstungsunternehmen – gefährdet damit Investitionen in die Zukunft, Wertschöpfung und Arbeitsplätze. Eine verstärkte europäische Zusammenarbeit im Bereich der Rüstungspolitik ist nur mit gemeinsamen und verbindlichen Rüstungsexportregeln möglich. Immer mehr unserer Partner nehmen deshalb Abstand von Rüstungskooperationen und dem Kauf deutscher Rüstungsgüter, weil sie es sich nicht leisten können, auf erratische Entscheidungen der Ampel-Bundesregierung zu warten. „Made in Germany“ droht durch das KO-Kriterium „German-Free“ abgelöst zu werden. Wir lehnen deshalb jede weitere Verschärfung von Exportbestimmungen ab, wollen Rüstungskooperationen mit unseren internationalen Partnern stärken und hochspezialisierte Industriearbeitsplätze in Deutschland erhalten und ausbauen. Weiter braucht es mehr statt weniger Kooperation der Hochschulen mit der Industrie und damit eine klare Absage an Zivilklauseln. Das Hochfahren der Verteidigungsindustrie zu unserem Schutz sowie eine pragmatische und wirtschaftlich sinnvolle Rüstungsexportpolitik darf nicht durch eine moralisierende Argumentation blockiert werden.

3. NATO und transatlantisches Bündnis stärken, Solidarität mit Israel und der Ukraine.

Der Überfall Russlands auf die Ukraine macht deutlich, wie wichtig die NATO als Verteidigungsbündnis für die Sicherheit ihrer Mitgliedsstaaten ist. Eine zukunftsfähige und starke NATO erfordert künftig eine deutlich höhere deutsche und europäische Bereitschaft zur transatlantischen Lastenteilung und dies unabhängig davon, wer die amerikanischen Präsidentschaftswahlen gewinnt. Der „Pivot to Asia“ der USA, also die vermehrte Aufmerksamkeit, die die USA dem Indo-Pazifik widmen müssen, hat unmittelbare Folgen für Europa. Das bedeutet vor allem deutlich größere finanzielle Beiträge für die gemeinsame Verteidigung. Hierzu sind zeitnah konkrete angepasste NATO-Fähigkeitsziele zu erwarten, die den einzelnen Partnern weitere zusätzliche Beiträge abverlangen. Auch Deutschland wird hier einen substantiellen Anteil zu er-

164 bringen haben. Das bedeutet gegebenenfalls auch, dass die bisherigen Prioritäten-
165 setzungen der Beschaffungsprojekte im Rahmen des Sondervermögens, zugunsten
166 der Landstreitkräfte neu festgelegt werden müssen. Enge und freundschaftliche Be-
167 ziehungen zu den USA bleiben für Deutschland von zentraler Bedeutung. Die immer
168 wieder von Akteuren wie der AfD oder dem BSW aufgebrachte Idee einer „Äquidis-
169 tanz“ zwischen den USA und Akteuren wie Russland oder China oder der anti-ameri-
170 kanistische Geist der deutschen Linken und Intellektuellen war und ist grundfalsch
171 und für Deutschland keine Option. Wir bekennen uns klar und eindeutig zur nuklea-
172 ren Teilhabe Deutschlands. Diese ist ein weiterer unerlässlicher Pfeiler unserer Si-
173 cherheitsarchitektur, zu dem wir unumwunden stehen.

174 Wir wollen transatlantisch bleiben und europäischer werden. Unser Ziel ist eine euro-
175 päische Verteidigungsunion als Basis einer wirksamen europäischen Sicherheits- und
176 Verteidigungsgemeinschaft. Wir verfolgen das Ziel europäischer Streitkräfte im Sinne
177 dieser gestärkten europäischen Verteidigungsunion, eingebettet in die Strukturen
178 der NATO, um als Europäer gemeinsam verteidigungsfähig zu sein.

179 Ukraine weiter entschlossen unterstützen

181 Wir stehen weiter fest an der Seite der Ukraine, die sich mit ganzer Kraft gegen den
182 russischen Aggressor stemmt. Die Ukraine muss weiter politisch, finanziell und militä-
183 risch unterstützt werden. Ein Triumph Russlands über die Ukraine würde Putin zu
184 weiteren Aggressionen geradezu ermutigen und die Sicherheitslage in Europa weiter
185 dramatisch verschärfen. Die Ukraine muss durch unsere Unterstützung so stark wer-
186 den, dass Putins Russland erkennt, dass eine Fortsetzung dieses irrsinnigen Krieges
187 keinerlei Aussicht auf Erfolg hat.

188 Existenzrecht Israels verteidigen

190 Wir stehen fest und unverrückbar an der Seite Israels. Dieses Bekenntnis ist ein zent-
191 raler Pfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Israel hat das Recht, sich gegen
192 den Terror von Hamas, Hisbollah, Huthis und verbündeten Gruppierungen oder ande-
193 rer Aggressoren wie dem Iran auch militärisch mit aller Kraft zu verteidigen. Auch da-
194 bei hat Israel unsere volle Unterstützung, nicht nur in diesen schweren Tagen. Das
195 Existenzrecht Israels ist deutsche Staatsräson und zentrale Voraussetzung für eine
196 dauerhafte politische Einigung im Nahen Osten. Deutschland nimmt nicht nur seine

historische Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat wahr, sondern stärkt damit auch den demokratischen Wertepartner Israel im Nahen Osten, den wir in einem herausfordernden geopolitischen Umfeld stärken wollen. Dazu wollen wir die politischen, wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und gesellschaftlichen Verbindungen zwischen Bayern, Deutschland, und Israel weiter vertiefen.

4. Interessenorientierte Außen- und Sicherheitspolitik statt Moralismus.

Wir lehnen die moralische Belehrung internationaler Partner und Wettbewerber sowie moralisierende Konzepte wie bspw. die sogenannte „feministische Außenpolitik“ ab. Die Zeiten, in denen deutsche Außenpolitik durch hochmütiges Auftreten als „Zivilmacht“ und besserwisserische Lehrmeisterei gekennzeichnet war, müssen enden. Durch die Welt zu reisen und zu verkünden, was andere zu tun und zu lassen haben, ist zum Scheitern verurteilt. Es geht stattdessen darum, die richtige Balance zwischen Werten und Interessen zu finden.

Neue Freihandelsinitiativen ohne sachfremde Belehrung

Deutschland braucht als Exportnation eine strategische Handelspolitik, die den gegenseitigen Zugang zu offenen Märkten fördert, die Versorgungssicherheit gewährleistet und Abhängigkeiten in wichtigen Bereichen reduziert. Wir wollen mehr Freihandelsabkommen vor allem mit den USA und Südamerika abschließen, ohne sie mit sachfremden Themen zu überfrachten. Gleiches gilt für Abkommen im asiatisch-pazifischen Raum, etwa mit Indien, Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland, Indonesien und Thailand. Zu einem funktionierenden Handel gehört auch die Sicherheit der Handelswege. Wir müssen die Handelswege gemeinsam mit Partnern, wo nötig auch militärisch, vor Piraterie oder gewaltsamen Angriffen schützen.

Deutsche Steuergelder zielgenau global einsetzen

Wir wollen die Entwicklungszusammenarbeit verbessern und effizienter gestalten. Nur so können wir sie als einen wirksamen Hebel nutzen, um internationale Verbündete zu gewinnen, Migrationsströme zu steuern und zu stoppen sowie Rückführungsabkommen zu schließen. Wichtig ist hierfür ein abgestimmtes Vorgehen in der Außen-, Entwicklungs-, Außenwirtschafts und Sicherheitspolitik. Wir wollen hier klare Prioritäten setzen. Fragwürdige Projekte gehören auf den Prüfstand. Insgesamt muss

230 gelten: Geld von deutschen Steuerzahlern kann nur bekommen, wer mit uns und
231 nicht gegen uns arbeitet.

232

233 **5. Sicherheitspolitik weiterdenken, Abhängigkeiten reduzieren, Nationalen Sicher-**
234 **heitsrat einrichten.**

235 Das Verhalten Russlands aber auch das zunehmend offensivere Vorgehen Chinas ver-
236 deutlicht, dass die regelbasierte Weltordnung zunehmend infrage gestellt wird. Dazu
237 ist der auf gegenseitigen Abhängigkeiten basierende Welthandel zunehmend unter
238 Druck, Lieferketten werden gestört und Abhängigkeiten gezielt ausgenutzt. Daher
239 gilt es, Abhängigkeiten jedweder Art zu reduzieren, wo erforderlich den Handel zu
240 diversifizieren und Deutschland bestmöglich auf eine zunehmend unsichere Welt vor-
241 zubereiten. Dies kann nur mit einer flexiblen Strategie gelingen, die die Bereiche Au-
242 ßen-, Sicherheits-, Europa- und Entwicklungspolitik intelligent miteinander verknüpft.
243 Klar ist dabei: Eine Abkopplung oder gar Autarkie ist für eine Exportnation wie
244 Deutschland keine sinnvolle Lösung, ebenso wenig wie die Überfrachtung von wirt-
245 schaftlichen Beziehungen durch politische oder moralische Bedingungen.

246 Um unserem umfassenden Verständnis von Sicherheit und möglichen Bedrohungen
247 Ausdruck zu verleihen, wollen wir einen Nationalen Sicherheitsrat im Bundeskanzler-
248 amt etablieren. Dieser soll frühzeitig auf Risiken im militärischen Bereich, aber auch
249 in den Bereichen Wirtschaft, Energie, Ernährung, Gesundheit, Cyberraum, Klima und
250 Umwelt, beim Schutz der kritischen Infrastruktur, der Versorgung mit Ressourcen
251 bzw. wichtigen Gütern und anderen Gefahren aufmerksam machen und diese durch
252 gezielte Maßnahmen reduzieren.